

die Orden, Vereine, die Kirchenvermögen usw.) mit allen Mitteln in und unter seine Gewalt zu bringen hat. Der Staat hat damit und darüber hinaus das Katholische auch zur Moderne, zur Vernunft, zur Wissenschaftlichkeit, zum Deutschen (v.a. bei Mejer), kurz zum Protestantismus gemäß der organischen Dynamik der Historie zu befreien. Individuum und politisches Kollektiv müssen vor dem Rückfall in die Dunkelheit römisch-katholischer Unmündigkeit bewahrt werden, nötigenfalls auch mit staatlicher Gewalt. Es wäre reizvoll, diese faszinierenden wissenschafts- und machtdiskursiven Operationen und Äquivalenzen im Kampf um die politisch-weltanschaulich-religiöse Hegemonie mit dem Instrumentarium der Diskursanalyse Foucaults oder Laclaus zu betrachten.

Wilhelm Kahl, der für das Weimarer und damit auch das bundesrepublikanische Staatskirchenrecht so prägende Jurist und Politiker, hielt seine Rektoratsrede 1908 zur Frage der Trennung von Staat und Kirche. Wenn er, der in der heißen Zeit des Kulturkampfes studiert hatte, Jahrzehnte später mit dem glühenden Appell endete: »Fordern sie nie im Namen der Freiheit für sich die Unfreiheit für andere!«, wusste er, wovon er sprach. Unser heutiges Staatskirchenrecht, das auf Freiheit und Partnerschaft setzt, erinnert bis heute an die von Ruppert so eindrücklich geschilderten Auseinandersetzungen.

*Christian Hermes*

REINHOLD WEBER: Bürgerpartei und Bauernbund in Württemberg. Konservative Parteien in Kaiserreich und in Weimar (1895–1933) (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 141). Düsseldorf: Droste 2004. 606 S. Mit einer Beilage: Wahldaten und Wahlkarten (CD-ROM) Geb. € 84,80.

Württemberg war anders. Zwar gehörte es mit Baden zu den Wegbereitern des Konstitutionalismus im frühen 19. Jahrhundert, und freilich leistete das Königreich personell wie programmatisch einen bedeutenden Beitrag zur Parlamentarisierung Deutschlands im Kaiserreich. Allerdings weist die württembergische Parteien- und Politiklandschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Eigentümlichkeiten auf, die andernorts nicht anzutreffen waren und die das Land bis zum Ende des deutschen Parlamentarismus 1933 nachhaltig prägten.

Eine Besonderheit der württembergischen Parteienlandschaft im Kaiserreich war außer dem Dualismus von Links- und Nationalliberalen und neben der vergleichsweise späten Gründung des Zentrums 1894/95 die verzögerte Selbstorganisation des Konservatismus und seine organisatorische Zweiteilung. Der Konservatismus teilte sich in der Phase des entstehenden politischen Massenmarkts in eine urbane Richtung, welche die Deutsch-Konservative Partei verkörperte, und in einen ländlichen Ableger, den Bauernbund, der aber nicht die ländliche Vorfelddorganisation der Deutschkonservativen bildete, sondern eine autonome politische Partei war. Diese Zweiteilung dauert in der Weimarer Republik fort, als die rechtsliberal bis völkischnationale Bürgerpartei, seit November 1918 die württembergische Regionalvertretung der DNVP, eine Fraktionsgemeinschaft mit dem Württembergischen Bauern- und Weingärtnerbund einging.

Gemeinsam war den Formationen, dass sie das protestantische Lager repräsentierten und seit 1918 eine zunehmend aggressiv-nationalistische und antisemitisch-rassistische Propaganda betrieben sowie bei der im Kaiserreich und in der Republik heftig umstrittenen Schulfrage an der althergebrachten Bekenntnisschule festhielten.

In seinen ersten beiden Kapiteln untersucht Weber die Vergesellschaftungsformen und Organisationsbedingungen der konservativen Parteien sowie deren interne Ausdifferenzierung. Während sich die Deutsch-Konservative Partei bereits 1876 formierte, gehörte der 1895 als regionale Vertretung des 1893 gegründeten Bundes der Landwirte ins Leben gerufene Bauernbund zu den Parteien neuen Typs, die den bisherigen Platzhirschen im Königreich – neben der demokratisch-linkoliberalen Volkspartei vor allem der nationalliberalen Deutschen Partei – rasch den Rang abließ, denn der Aufsteiger sicherte sich eine breitere Mitgliederbasis als die liberalen Honoratiorenparteien. Dabei stabilisierte der erfolgreiche Aufbau einer zentralen und hierarchischen Organisation in Ortsvereinen und Delegiertenversammlungen die Anhänger ebenso wie er sie mobilisierte. Der Bauernbund professionalisierte seine politische Arbeit, indem er in Stuttgart ein Parteisekretariat gründete und dies hauptamtlich besetzte.

Im vierten Kapitel beleuchtet Weber die Kommunikation der Parteien mittels ihrer Presseorgane und die Partizipation der Mitglieder in Versammlungen ebenso wie die gesellschaftliche Verankerung in Vereinen und Verbänden. Begleitet wurde der Aufbau moderner Parteistrukturen von der parteipolitischen Durchdringung der Presselandschaft. Bis 1913 unterstützte die Deutsche Reichspost beide konservativen Parteien, danach traten die Schwäbische Tageszeitung des Bauernbunds sowie die Süddeutsche Zeitung der Deutschkonservativen bzw. der Bürgerpartei auf. Mittels dieser Multiplikatoren versuchten beide Formationen sowohl in ihren Hochburgen die kulturelle Deutungshoheit zu sichern, als auch in den Diasporagebieten, das homogene Meinungsklima aufzubrechen. Diesen Zielen dienten weitere Druckerzeugnisse wie politische Kalender, Flugblätter und Plakate. Mitgliederblätter wie der Schwäbische Landmann oder regionale Druckerzeugnisse wie der Fränkische Volksfreund hatten die Funktion, Heimatbezug zu vermitteln und lokales Engagement hervorzuheben.

Die Kapitel fünf und sechs befassen sich mit den konfessionellen, berufsständischen bzw. wirtschaftspolitischen und nationalen Interessenverbänden und Vereinen, mit deren Hilfe es gelang, den urbanen und ländlichen Konservatismus gesellschaftlich zu verankern. Bekenntnisvereine, Gewerkschaften, Volksschullehrer, Wirte und Weingärtner versuchten ebenso wie Krieger- oder Militärvereine die öffentliche Meinung und den politischen Prozess im Dorf und in der Stadt durch Lobbyarbeit zu beeinflussen.

Nach einer Analyse des politischen Personals anhand der Kandidatenkür betrachtet Weber die Selbstwahrnehmung und die Abgrenzung gegenüber dem politischen Gegner. Danach geht er auf die Wahlkämpfe als bedeutendste Form der Mitgliedermobilisierung und Interessenartikulation und der inhaltlichen Positionierung der Partei ein, bevor er sich mit der Frage der Kompromissfähigkeit der konservativen Parteien am Beispiel der Wahlabsprachen und -bündnisse zur mittelbaren Durchsetzung der eigenen Anliegen auseinandersetzt. Das letzte Kapitel über die konservative protestantische Wählerschaft in der Stadt und auf dem Land ist besonders aufschlussreich hinsichtlich des aufkommenden Nationalsozialismus, bei dem Bauernbund und Bürgerpartei eine ambivalente Rolle spielten.

Seit Falters Studien zu Hitlers Wählern geht die Parteienforschung davon aus, dass der typische NSDAP-Wähler männlich und evangelisch war und auf dem Land lebte – zugleich die klassische Klientel des Bauernbunds. Weber weist nun darauf hin, dass der Bauernbund und die NSDAP in der Agonie der Weimarer Republik als Konkurrenten auftraten. Dies führte anfänglich dazu, dass die evangelische Landbevölkerung in althergebrachter Ausrichtung am Bauernbund festhielt, der mit seinem agrarischen Vereins- und Verbandswesen milieuartig in der protestantischen Bauernschaft tief verwurzelt war. Damit wurde der Durchbruch der Hitlerpartei auf dem evangelischen Land Württembergs verzögert. Aber: Aufhalten konnte der Bauernbund als »regionaler Puffer« (S. 501ff.) die braune Bewegung nicht. Und im Gegensatz zu den Zentrumshochburgen im Land, wo sich die konfessionelle Prägung als Resistenzfaktor erwies und das katholische Milieu eine negative Wahlnorm gegen den Nationalsozialismus ausbildete, gelang es in protestantischen Regionen nicht, sich gleichermaßen gegen die braune Bewegung zu immunisieren.

Die entscheidende Frage hierbei ist, welche Bedeutung man dem Bauernbund beim verspäteten Aufstieg der braunen Bewegung beimisst. Betont man die lange Selbstbehauptung des Bauernbunds, so kommt diesem die qualitative Funktion eines Damms zu; betont man aber seinen umso rascheren und umso geräuschloseren Machtverfall seit der Erdrutschwahl zum Landtag im April 1932, dann wandelt sich die qualitative Funktion zu einem bloß temporalen Aspekt. Denn der Bauernbund, noch viel weniger die auf Hugenberg-Kurs einschwenkende Bürgerpartei, grenzte sich nicht entschieden von der Hitlerpartei ab. Vielmehr gab es organisatorische und inhaltliche Übereinstimmungen. Selbst eine klassische Mittelstandspartei, die von der Panik im alten Mittelstand aufgeschreckt wurde, selbst von jeher antisemitisch-rassistischen Ansichten verbreitend und die Vorstellung von der außerordentlichen Bedeutung des heimatverbundenen Bauerntums propagierend, die passgenau mit der Blut- und Boden-Ideologie der NS-Agrarideologen kompatibel war, gab es eine weiche Flanke des ländlich-evangelischen Milieus, das beim Übertritt vom Bauernbund zur NSDAP, vor allem in Gestalt der jüngeren Generation, quasi seinen Fürsprecher wechselte, ohne sich selbst aufzulösen. So organisierte man sich auch im Jungbauernbund nach dem Führerprinzip in Ortsgruppen und grüßte sich mit »Heil«, wodurch die Grünhemden nur farblich von den Braunhemden zu unterscheiden waren.

Durch gemeinsame Wahlkampfveranstaltungen und den Einsatz für ein Volksbegehren gegen den Young-Plan 1929 machte der Bund die Hitlerbewegung salonfähig und führte ihr die eigene Wählerschaft zu. Bei der Landtagswahl vom 24. April 1932 stieg die NSDAP zur stärksten Kraft auf. Spektakuläre Übertritte wie der des Bauernbündlers Albert Schüle aus Oberrot (Oberamt Gaildorf) während des Wahlkampfes stießen den Stimmungsumschwung mit an. Den Kotau vor der braunen Bewegung versinnbildlichte die Haltung der auf Hugenberg ausgerichteten Bürgerpartei, während der Bauernbund sich um Abgrenzung bemühte, indem er seine regionalen Wurzeln aktivierte sowie antiurbane, antisozialistische, agrarprotektionistische und christliche Reflexe gegen die Nationalsozialisten belebte. Dennoch erfuhr die NSDAP, die seit Beginn der 1930er Jahre verstärkt agrarische Themen wie die Frage der Schlachtsteuer in ihre Agitation aufnahm, auch auf dem Land starken Zuspruch; dies geschah im württembergischen Franken, einer traditionellen Hochburg des Bauernbunds, in den Oberämtern Gerabronn, Crailsheim, Hall und Öhringen, aber auch in den Bezirken Backnang, Calw, Kirchheim und Nagold. Angesichts des landesweiten NSDAP-Ergebnisses von 42 Prozent im März 1933, das lediglich von Bremen (32,7%) und Hamburg (38,9%) unterboten wurde, kann man mit Weber von einem »schwachen Wahlerfolg« (S. 14f.) in Württemberg sprechen; bei einem reichsweiten Resultat von 43,9 Prozent ist diese Einschätzung allerdings zu hinterfragen.

Zu diskutieren sind auch einige Einordnungen Webers: Württemberg als »liberales Musterlände« zu charakterisieren, ist neu; bislang wurde dieses Attribut Baden zugeschrieben. Das Wahlrecht wurde in der Weimarer Republik nicht auf 20 Jahre herabgesetzt (S. 45), sondern die Reichsverfassung sowie die Konstitution des freien Volksstaates Württemberg gestanden das Stimmrecht 1919 allen Frauen und Männern mit vollendetem 20. Lebensjahr zu (§22 bzw. §4,2). Den Konservatismus als »Stiefkind der Parteienforschung« zu bezeichnen, auch im regionalen Zugriff, ist ein legitimes Mittel, der eigenen Arbeit zu mehr Aufmerksamkeit zu verhelfen. Nur klammert dies einerseits die jüngeren Forschungen von Bilanz zu den württembergischen Deutschkonservativen oder von Gawatz zur Parteienlandschaft im Königreich aus, die aber, soweit ist Weber zuzustimmen, keinen epochenübergreifenden Ansatz vorweisen können. Andererseits verkennt diese Einordnung, dass das konservative und völkisch-nationale Parteienspektrum seit den Pionierstudien von Hans-Jürgen Puhle oder Rudolf Heberle intensiv beleuchtet wird – nicht zuletzt im Hinblick auf den Aufstieg des Nationalsozialismus.

Dabei hat Webers Studie diesen marktschreierischen Auftritt gar nicht nötig. Denn die mit einem diachronen Ansatz operierende Arbeit schüttet den Graben von Parteien- und Wahlgeschichte zu und liefert durch die Verknüpfung von Politik- und Sozialgeschichte wertvolle Erkenntnisse. Im synchronen Vergleich kann Weber zudem veranschaulichen, dass konservativ (im Reich, in Ostelbien oder Bayern) nicht gleich konservativ (in Württemberg) ist. Auch der Konservatismus kennt Spielarten, die Weber ausmalte; die württembergischen Konservativen waren erheblich fortschrittlicher als ihre preußischen Gesinnungsgenossen, wie ihr Einverständnis mit der Verfassungsreform 1906 zeigt.

Überdies vermag Weber darzulegen, dass Weimar nicht an Versailles, seiner Verfassung oder der Weltwirtschaftskrise zugrunde gegangen ist, sondern letztlich an der mangelnden republikanischen Gesinnung seiner Staatsbürger. Weber zeichnet sowohl Modus als auch Tempo und Ausmaß des Übergangs vom Konservatismus zum Extremismus nach. Er erörtert den signifikanten Übergang von »bemerkenswerter Stabilität zu fundamentalem Wandel« (S. 502) angesichts der aufkommenden NSDAP, den zuerst die Bürgerpartei, dann der Bauernbund an den Tag legte.

Kurz gesagt lautet Webers These: das Milieu wechselt seinen Wirt. Damit erweitert Webers Befund im regionalen Zugriff die Faltersche Ansicht von der Affinität agrarisch-protestantischer Regionen zum Nationalsozialismus um eine zeitliche Differenzierung. Weber zeigt auf, welchen Preis es erfordert, wenn ein gesellschaftliches Lager nicht in das demokratische Normengefüge und den republikanischen Wertekanon eingebunden ist. Schließlich verweist die Studie auf die Wurzeln der Neuorganisation des Bürgertums nach 1945 in einer überkonfessionellen und antisozialistischen Sammlungsbewegung. Das alles ist mehr als lesenswert.

Denn Weber argumentiert klug und abwägend; seine Studie ist ebenso theoretisch fundiert wie quellennah geschrieben und dabei gut lesbar; sie schält die Eigenheiten der württembergischen Konservativen deutlich heraus durch den reichsweiten Vergleich oder im Kontrast zu Baden. Das ist geschichtliche Landeskunde, wie man sie sich wünscht. Peter Exner